

Selbsthilfe PE RLP • Robert Jacobs • Rheinstrasse 59 • 55218 Ingelheim

**GEMEINSAMER BUNDESAUSSCHUSS  
QUALITÄTSMANAGEMENT-RICHTLINIE  
VERTRAGSÄRZTLICHE VERSORGUNG (PSYCHIATRIE)  
POSTFACH 120606  
10596 BERLIN**



[www.lagpe-rlp.de](http://www.lagpe-rlp.de)



**Robert Jacobs**

*Sprecher der Selbsthilfe PE - RLP*

Rheinstrasse 59  
55218 Ingelheim



**06132- 579 77 66**



06132 – 442 19 28



[Robert.Jacobs@lagpe-rlp.de](mailto:Robert.Jacobs@lagpe-rlp.de)

**INGELHEIM, DEN 16. DEZEMBER 2021**

**nachrichtlich: Alexander Schweitzer (Sozialminister des MASTD RLP)  
Frau Dr. Julia Schwaben (Referatsleiterin des MWG RLP)  
Zulassungsstelle für Ärzte und Psychiater (KV RLP)  
Herr Dr. Eckart Lensch (Sozialdezernent der Stadt Mainz)  
Frau Svenja Horne (Psychiatriekoordinatorin der Stadt Mainz)  
Herr Holger Marx (Psychiatriekoordinator des Landkreis Mainz-Bingen)  
Arbeitskreis Gemeindepsychiatrie Nord (Landkreis Mainz- Bingen)**

***Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinsamen Bundesausschuss,***

wir nehmen Bezug auf unser Schreiben vom 23. Juli 2020 an das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie RLP z.Hd. von Frau Dr. Schwaben, welches uns von Herrn Martin Schlaefer am 17. August 2020 mit dem Hinweis auf Ihre Zuständigkeit beantwortet wurde.

Hierin verweist uns das damals zuständige Ministerium darauf, dass es nicht berechtigt sei, auf Entscheidungen des Zulassungsausschuss Einfluss zu nehmen (§96 Abs. 2 S.4 SGB V).

Die aktuelle Situation in der Region Kreis Mainz-Bingen Nord hat sich seither wie folgt entwickelt. Mittlerweile sind zwei Facharztpraxen geschlossen. Zum einen, die Praxis von Dr. Gerhard in Ingelheim. Vor kurzem ist dann Dr. Schindling mit psychiatrischer Praxis in Bingen verstorben. Ende 2020 wurde das Krankenhaus in Ingelheim geschlossen, die darin verankerte Bereitschaftspraxis fiel weg. Alle Praxen und Einrichtungen blieben bis heute unbesetzt.

Aus dem Arbeitskreis der gemeindenahen Psychiatrie Nord und aus eigenen Beratungsgesprächen mit Betroffenen erreichen uns indessen zahlreiche Hilferufe, die nach notärztlicher und allgemeiner psychiatrischer Versorgung fragen...

Das Neurozentrum Bingen nimmt keine Patienten aus umliegenden Versorgungsgebieten auf (s. Screenshot, Seite 3), die PIA und Dr. von Cube/ Gesundheitsamt können das nicht ausgleichen und haben zudem spezielle Zugangsvoraussetzungen. Zum Teil wird dann auf Mainz ausgewichen, was lediglich eine Verlagerung der Probleme darstellt.

Hinzu kommt, dass Hilfeanbieter und der Sozialpsychiatrische Dienst (SpDi), die versuchen die drängenden Nachfragen mit ihrem Personal aufzufangen, Probleme bei der Besetzung von offenen Stellen schildern. Derzeit sind mehrere Stellen im SpDi in der Kreisverwaltung Ingelheim nicht besetzt.

Teilweise bleiben betroffene Menschen ohne fachärztliche Behandlung; Verlagerungen auf Hausärzte oder auf andere Arten von Hilfen (Bsp. qualifizierte Assistenzleistungen) sind festzustellen; Verschlimmerungen und Rückfälle bei Betroffenen nehmen zu; Anfragen für psychosoziale Einzelfallhilfen steigen, Erstanträge nehmen zu....

Die Betroffenen haben oftmals neben Ängsten auch erhebliche Antriebs- und Anpassungsstörungen. Diese Beeinträchtigungen bedürfen niederschwelliger Angebotsstrukturen, die organisatorisch mit kurzen Wegen und ortsnahe Angebote verbunden sein sollten. Dies gefährdet die psychische Stabilität der Betroffenen. Ein psychiatrischer Notfall kann so zu einem langfristigen Klinikaufenthalt mit erheblichen Folgen für die Betroffenen und dessen sozialem Umfeld führen. Die damit einhergehenden langfristigen finanziellen Schäden für die Allgemeinheit lassen wir hier zunächst mal außen vor, wenngleich sie in beachtenswerter Weise da sind bzw. für alle folgen werden.

Als landesweit agierender Selbsthilfeverband für Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen erschrecken uns diese Rückmeldungen. Wir wünschen nicht nur die vom Land und Bund geforderte gemeindepsychiatrische Versorgung, dies muss auch durch personenzentrierte und bedarfsgerechte Vorgaben dem tatsächlichen Versorgungsbedarf entsprechen. Wir bemängeln diesen untragbaren Zustand entschieden und fordern eine unverzügliche Auflösung dieser problematischen Lage.

Ein Verweis auf die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Terminservicestellen durch das TSVG – die Engpässe verhindern oder abmildern würden - halten wir für die bestehende Problemlage als ein eher ungeeignetes Instrument. Dies belegen uns die Rückmeldungen aus den Selbsthilfegruppen und die alltägliche Praxis.

Unter **Bezugnahme des eingangs erwähnten Schriftwechsels erwarten wir die sofortige Auflösung** des Dilemmas durch eine von der **GB-A proaktive Herangehensweise**. Konkret bedeutet dies:

- **Aufhebung der Sperrung der Arztgruppe der Nervenärzte** allgemein und im Besonderen für die angespannte Lage in der Region Mainz-Bingen
- **Personelle Neubewertung der Planstellen** unter Berücksichtigung der **realen Fallzahlen**, in Verbindung mit der Fläche einer (ländlichen) Region, nicht ausschließlich anhand der Einwohnerzahlen (Ballungsgebiete).
- **flexible Gestaltung der Bedarfsplanung für eine ambulante vertragsärztliche Versorgung**
- **Aufhebung jeglicher Budgetierung für die grundversorgenden Arztgruppen**

Der Entwurf für das Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz (DVPMG) verpflichtet die Kassenärztliche Bundesvereinigung, zukünftig Basisdaten und qualitätsbezogene Daten der ambulanten Versorgung zu veröffentlichen. Dies kann bei der Bewertung und Einstufung als eine erste Grundlage angesehen werden, um eine ausreichende und qualitativ notwendige flächendeckende Versorgung auch auf dem Land zu erreichen, gerade und im Besonderen im ambulant-ärztlichen Bereich.

Der Verweis auf Hausarztpraxen - wie es uns teilweise aus der Selbsthilfe geschildert wird - um die notfallmäßige Medikamentenversorgung sicherzustellen, erscheint uns wenig hilfreich. Die Ärzte müssten sich im Schadensfall ggfs. mit dem Vorwurf der fahrlässigen Körperverletzung auseinandersetzen, die nicht nur für die beeinträchtigten Menschen sehr folgenschwer sein dürfte.

Aktuell zeigen wir Ihnen - unter Kenntnisnahme der ins CC gesetzten gesetzgeberischen Organe und der sozialpsychiatrischen Akteure - den dringenden Handlungsbedarf für uns Betroffene an.

Wir bitten um eine zeitnahe Stellungnahme, die zu Lösungsvorschlägen beiträgt und uns konkrete Handlungsstrategien aufzeigt.

Wir wünschen Allen ein besinnliches Fest und einen guten Start ins neue Jahr.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

**Selbsthilfe Psychiatrie-Erfahrener RLP**

Robert Jacobs

Cordula Hatzig

**AK psychiatrische Versorgung**

Emilie Ebert / Silke Janssen

## NEUROZENTRUM BINGEN

PRAXIS FÜR NEUROLOGIE UND PSYCHIATRIE

### Terminvereinbarung

Wir versuchen Ihre Terminanfragen zu unseren Sprechzeiten telefonisch entgegenzunehmen. Sie erreichen uns leichter am Nachmittag. Da auch hierbei immer wieder Engpässe auftreten, besteht die Möglichkeit online eine Terminanfrage zu stellen. Bitte verwenden Sie hierfür das untenstehende Formular.

**Notfällige Termine** können nur an Patienten vergeben werden, die aus **unserem Versorgungsgebiet** stammen (**Bingen, Vororte**) Notfälle aus Gebieten mit eigener Versorgung (**z.B. Hunsrück, Mainz, Ingelheim, Bad Kreuznach, Rheingau**) können leider nicht zusätzlich bewerkstelligt werden, Anfragen hierzu werden nicht bearbeitet! ←

**Reguläre Termine** können in einem Zeitraum von **2-3 Monaten** bereitgestellt werden. ←

#### Wichtig!

Bitte geben Sie eine Telefonnummer an, unter der Sie tagsüber durchgängig (zwischen 7.30 und 17.00 Uhr) erreichbar sind, da mehrmalige Rückrufversuche zeitlich und organisatorisch nicht erfolgen können! Wir rufen Sie spätestens bis zum nächsten Werktag zurück!

Bitte starten Sie vor Ablauf der Rückruffrist unsererseits nach der hier gestellten Anfrage keine weiteren Versuche der Kontaktaufnahme, da dies sonst zu Missverständnissen organisatorisch führt!

AUFNAHME AM 11.12.2021 VON DER WEBSEITE [HTTPS://WWW.NEUROZENTRUM-BINGEN.DE/SPRECHSTUNDE/](https://www.neurozentrum-bingen.de/sprechstunde/)